

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publicationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierjährlich 4,80 Mark, unter Kreuzband 6 Mark
eingetragen in die Postzeitungsliste. Redaktionschluss Montag 16 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Schäfersstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
Für Anserate aller Art: die sechsgesetzte Kolonialseite 1 Mark,
für Codesanzeige Zeile 70 Pfennig, für Arbeitsmarkt 80 Pfennig.

An die Arbeiter der Welt! Auf zur Maiaufmonstration!

Das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 2. April d. J. beschlossen, die Arbeiter der ganzen Welt zu einer mächtigen Maiaufmonstration aufzurufen.

Bereits auf dem letzten Internationalen Gewerkschaftskongress, der im Juli 1919 in Amsterdam abgehalten wurde, wurde unter großer Begeisterung beschlossen, eine Aktion zugunsten der

Sozialisierung der Produktionsmittel einzuleiten.

Die Vertreter der Arbeiterorganisationen aus verschiedenen Ländern haben dort u. a. erklärt:

In Anerkennung der großen Arbeit, die durch die Aktion der Gewerkschaften für die Arbeiter im allgemeinen und für die organisierten im besonderen geleistet wurde, erklärt der Kongress es für notwendig, die Besitzungen und die Aktion der Arbeiter aller Länder auf die Sozialisierung der Produktionsmittel zu richten, wobei er von der Erwagung ausgeht, daß die Gewerkschaften die Voraussetzung und Grundlage für die Verwirklichung der Sozialisierung bilden.

Die Bewegung, die sich derzeit unter den Arbeitern aller Länder zeigt, ist ein Beweis dafür, daß dieser Wunsch tief in den Herzen der Masse lebt. Und unser Exekutivkomitee ist der Ansicht, daß diese Bewegung in der kräftigsten Weise unterstützt werden muß.

Wir rufen Euch darum auf, für diese Forderung am 1. Mai mit aller Kraft einzutreten und für diese Propaganda jene Form zu wählen, die in dem betreffenden Lande gebräuchlich ist oder von der Landeszentrale dafür gewählt wird. In dem einen Land wird durch Versammlungen oder Aufzüge, in dem anderen Land durch Arbeitsruhe für diese Forderung demonstriert werden. Welches Mittel aber auch gewählt werden möge:

Die Sozialisierung der Produktionsmittel muß am 1. Mai als unsere vornehmste Forderung im Vordergrund stehen!

Daneben soll, einem Beschuß des Exekutivkomitees entsprechend, als nächstwichtigste Forderung für den Mai- tag die rasche Durchführung der Beschlüsse der Arbeitskonferenz von Washington aufgestellt werden.

Auf dieser Konferenz wurden eine Reihe von Beschlüssen zum Schutz des Arbeiterlebens, im Interesse der Kranken, der Arbeitslosen, der Invaliden und zugunsten der Einführung des Achtkundertages gefaßt.

Wir sind der Meinung, daß verschiedene Regierungen mit der Durchführung dieser Beschlüsse allzu lange gezögern. Sollten sie gegenüber unseren berechtigten Forderungen kein Entgegenkommen zeigen, so müßten sie durch die organisierte Macht der Arbeiter dazu gezwungen werden.

Wir wollen die ganze organisierte Macht unserer 20 Millionen Arbeiter,

bereinigt im Internationalen Gewerkschaftsbund, aufbieten, um der Not und den Entbehrungen, unter denen das Proletariat immer noch leidet, so rasch als möglich ein Ende zu machen.

Wir werden nicht dulden, daß mit unseren Interessen ein Spiel getrieben wird!

Wir verlangen, daß unsere Forderungen schlußigst bewilligt werden!

Wir fordern Euch daher auf, nunmehr alle trennenden Gegensätze beiseite zu lassen und am 1. Mai gemeinsam den Kampf zu führen gegen alle Mächte, die die Rechte der Arbeiter anstreiten und die die materielle Notlage befehlen lassen wollen.

Wir rufen Euch auf zum Kampf für den Frieden, für das Recht und das Wohl der Arbeiter-

schaft!

Dieses Ziel wird erreicht werden, wenn alle Arbeiter sich im Kampf vereinigen für diese beiden Forderungen, die die internationale Gewerkschaftsbewegung stellt:

Sozialisierung der Produktionsmittel!

Durchführung der Beschlüsse von Washington!

Unsere Lösung muß sein:

Kampf und Disziplin!
Kampf für unsere Rechte!
Gegen die Reaktion!
Es lebe die Internationale der Arbeit!
W. A. Appleton, England, Vorsitzender.
L. Jouhaux, Frankreich, 1. Vizevorsitzender.
C. Mertens, Belgien, 2. Vizevorsitzender.
C. Legien, Deutschland.
G. Dumoulin, Frankreich.
A. Dürr, Schweiz.
O. Lian, Norwegen.
A. Táherle, Tschecho-Slowakei.
J. B. Williams, England.
D. Timmen, G. Oudegeest, Holland.
Gefetzte.

Noch mehr Organisation!

Entstehen und gefreudet war die Arbeiterschaft ohne Organisation. Die Erkenntnis ihrer Lage bedingte die Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft selbst nur sich helfen, sich mehr Rechte verschaffen, der Ausdeutung entgegentreten konnte. Nicht der einzelne, der ist machtlos, sondern gemeinsam, zusammengeschlossen in der Organisation. Organisation bedeutet Macht, und Macht schafft Recht. So wurde die Organisation aus der Erkenntnis geboren, daß nur das gemeinsame Streben, die zusammengefaßte Kraft Erfolg haben, die Zustände bessern, Unrecht beseitigen kann. Die Unterdrückung und Ausbeutung ist im kapitalistischen System begründet, und die Träger dieses Systems hatten ein Interesse daran, die Arbeiter an der Ausnutzung ihrer Macht durch die Organisation und somit das Entstehen der Organisation selbst zu verhindern. Und sie taten dies mit aller Rücksichtslosigkeit. Die den Zusammenschluß der Arbeiter propagierten, wurden gemäßregelt, verfolgt und von Ort zu Ort gehetzt, sie hatten die ganze „Ordnungs“gesellschaft, Justiz und Polizei gegen sich. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation war auch mit diesen Mitteln nicht auszurotten, sie breitete sich aus trotz aller Verfolgungen, sie setzte sich durch und schuf im steten Kampf gegen die Unterdrückter in den in heftiger Stärke vorhandenen Organisationen wirksame Mittel zur Vertretung der Rechte und Interessen der Arbeiter.

Die Ausbeutung und Unterdrückung ist international. Deshalb fand sich auch die Arbeiterschaft aller Länder mit der Zeit zusammen zum gemeinsamen Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Der Internationale Arbeiterkongress 1889 in Paris erhob Forderungen für ausreichenden Arbeiterschutz, den Achtfunderttag und für Verhinderung der Völker zur Vermeidung blutiger Kriege, die auch im kapitalistischen System begründet sind. Und die Arbeiterschaft hat in diesem Sinne in ihren Organisationen dauernd gewirkt. Nicht mehr ist sie schutzlos und schrankenlos der Ausbeutung preisgegeben, nicht mehr ist sie rechtslos wie ehedem, der Achtfunderttag ist so gut wie internationales Gesetz, nur das schrecklichste der Nebel, den blutigen Krieg, hat sie bisher noch nicht verhindern können. Da zu waren die Organisationen noch zu schwach. Aber sie müssen erstarren, sie müssen ausgebaut werden, sie müssen allumfassend werden, dann ist ein Krieg gegen ihren Willen nicht mehr möglich.

Deshalb heran zur Organisation. Der 1. Mai erinnert uns wieder an die Pflicht, unsere Machtmittel zur Vertretung unserer Interessen zu verstärken und unüberwindbar zu machen. Nicht nur zur Vertretung unserer sozialen, wirtschaftlichen Interessen, nicht nur zur Erhaltung unserer politischen Rechte, auch zur Verhinderung künftigen Völkerkriegs. Die Arbeiterschaft kann ihre Aufgabe erfüllen, wenn sie einig ist, und einig ist sie nur in der straffen, geschlossenen Organisation. immer noch stehen viele der Organisation fern, sie haben ihre Pflicht noch nicht begriffen, in ihrem eigenen Interesse das Selbstverständliche zu tun. Sie müssen zur besseren Erkenntnis gebracht werden, sie müssen zum Pflichtbewußtsein erzogen werden, sie müssen überzeugt werden, daß sie für ihre eigenen Interessen mitzuverarbeiten und mitzuwirken haben an dem Platz, den sie auszufüllen haben: in der Organisation. Niemand darf mehr abscheit stehen, die Organisation braucht jeden Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts zur Erfüllung ihrer Aufgabe, deshalb mehr Organisation! D. h.:

Niemand mehr außerhalb der Organisation! Das soll auch die Forderung am 1. Mai sein, die zu erfüllen ist und deren Erfüllung jeder mithelfen muß.

Auferstehung.

Vorüber nun des Winters Nacht,
Der Frühling wedt rings neues Leben,
Und in der Erde weitern Echo
Geheimnisvolle Kräfte weben . . .
Sieh, alles drängt empor zum Licht,
Millionen kleine langsam sprießen,
Zeit gilt's, nach langem Winterschlaf,
Die gold'ne Sonne zu begrüßen.

Und aus den Tiefen, von den Höhn,
Ein Echo bringt zu uns hernieder,
Der Menschheit Auferstehungstag:
Der erste Mai, er lebt uns wieder.—
Nicht sollst du mehr in langer Fron
Der Arbeit jähwiel'ge Hände regen,
Nicht dathen nur mit Weib und Kind,
Nein, die auch wiß der Erntejagen.

Wenn man dich einst verfolgt, bedrückt,
Gezwängt ins harte Foch, zu leiden,
Empot das Haupt, ein frei Geschlecht
Genieße voll des Daseins Freuden . . .
Du hast die Kraft, dir wird die Macht,
Aus Thranne dich zu erheben,
Die Hand gereicht in Stadt und Land
Zu wahrhaft menschenfür'd'gem Leben.

Die ihr den schwarzen Diamant
Der Mutter Erde Schöf entnommen,
Die grübelnd ihr den Geist zerstört,
Als Kämpfer alle uns willkommen,
Und schließt die Reich'n, der Wahltag naht,
Ein Volksgericht gilt's abzuhalten,
Denn lichtschein sind sie noch am Welt
Des Heiligabends Spukgesellen . . .

O Licht- und Sonnenwerder Mai,
Nach allem Dunkel rings ein Ende,
Säckt uns im Glauben, daß uns naß,
Des deutschen Volkes Zukunftswende,
Gegrüßt von Millionen heut
Mag unser Lied die froh erklingen,
Der Freiheit bahntest du den Weg,
Läßt schwappend uns das Werk voll
Bringen.

Eberswalde. Franz Heinrich

Die neuen Grundlagen der Reichsfinanzen.

(Die Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

I.

Die Finanzen des alten Reiches waren dessen schwächste Seite von jeher gewesen. Nach der Reichsmatrikel wurden im alten heiligen römischen Reich deutscher Nation die Römermonate ausgejürgt, wenn der Kaiser für einen Heereszug Geld brauchte. Danach haben die Matrikulareinheiten im neuen Reich ihren schauderhaften Namen erhalten. Was das Reich an notwendigen Ausgaben durch indirekte Steuern und Zölle nicht aufbringen konnte, das sollte durch die Matrikulareinheiten auf die Gliedstaaten umgelegt werden. Die direkten Steuern blieben den Einzelstaaten vorbehalten, und auch am Ertrag der indirekten Steuern und der Zölle sollten sie von einer bestimmten Höhe ab einen Anteil haben, um dem Reichstag auf diesem Umweg ein Haushaltsgewilligungsrecht zu sichern.

Soch es ist hier nicht der Ort, näher auf die Einzelheiten des Finanzrechtes des alten Reiches einzugehen. Der Hauptunterschied bestand darin, daß, wie der badische Staatsmann v. Jagamann treffend bemerkt hat, der Reichsfinanzminister immer von den Bäumen seine Steueräpfel schütteln wollte, von denen sie die Finanzminister der Einzelstaaten bereits geschnitten hatten. So wurde das Reich zum lästigen Begleiter der Einzelstaaten. Die gegenwärtigen Finanzen hatten sich schon lange vor dem Krieg in ihrem Gleichgewicht verloren. Die wiederholten Reichsfinanzreformen von 1896 und 1900 waren nicht inszustande geordnete Zustände zu schaffen. Diese finanzielle Schwäche ist auch der Grund gewesen, daß wir den ganzen Krieg durch Auleihen statt durch Steuern finanziert haben. Was keine Steuerreform zu leisten vermochte, das ergingst nunmehr die große Not des Reichs. Der „Entwurf eines Landessteuergesetzes“ zeichnet die Grundlagen einer von Grund auf neuen Verteilung der Besteuerungsrechte und der Lasten zwischen Reich einerseits und Ländern und Gemeinden andererseits. Dazu sollen die Steuergebiete des Reichs und der Länder und Gemeinden neu abgegrenzt und die Beziehung der Grenzen festgestellt werden. Den Ländern und Gemeinden wird eine Bereitstellung am Ertrag der neuen Reichssteuern und eine gemeinschaftliche Bewirtschaftung der Steuern unter Führung des Reiches gewährleistet. In der Begehungung heißt es wörtlich: „In diesem Zusammenspiel und in der Gemeinschaft, die aus den gemeinsamen Finanznot geboren sind, und die den Gedanken der Reichsheit seiner Erfüllung entgegenführen, liegt eine notwendige Voraussetzung für das Gelingen der Steuerreform; denn nur auf diesem Wege liegt ferner die äußerste Spannung der Kräfte überall im Reich zerwürfelten Goldes darüber hinweg, kann aber allein den Verlust zur Gewährleistung der ungeheuren finanziellen Schwierigkeiten zum Ende führen.“ Auch einer Erklärung des Reichsfinanzministers in der Nationalversammlung am 3. Dezember 1919 sind nämlich jährlich mindestens 24 Milliarden durch Reichssteuern entgangen. Sollte jellen werden: 1. des Vermögens mit 3,5 Milliarden, 2. des Einkommensteuertes der ergänzenden Ertragsteuerung mit 10,4 Milliarden Rent. 3. der Vermögenszunahme einschließlich der Ertragsarten mit 1 Milliarde Rent, also an direkten Steuern zusammen 15 Milliarden Rent. An indirekten Steuern sollen ergeben: 1. Import- und Exportzölle 4 Milliarden, 2. Handelsabgaben 2,5 Milliarden, 3. Stoffabgaben 2 Milliarden, 4. Verkehrs- und Dienstleistung 1 Milliarde, 5. Zölle 1,5 Milliarden, also indirekte Abgaben zusammen 11 Milliarden Rent.

Dieses sollen auch für die wichtigeren Steuern, die den Ländern und Gemeinden verblieben sind, übernommene Grundlagen gelassen und die überschüssigen Einnahmen in der Schädigung der einzelnen Länder und Gemeinden gleichmäßig verteilt werden. Völlige Vereinfachung über den Wert anzuschaffen, denn diese würde mit der Schwäche der Autonomie der Länder und der Selbstverwaltung der Gemeinden erheblich werden müsse und so die wichtigen Chancen des politischen Lebens in Deutschland geschrumpft.

Am 3. 1. 1920 erklärte nach dem Krieg der erste Zugriff in den kleinen Steuern geöffnet: „Die Länder und Gemeinden Gemeindeverbänden sind berechtigt, Steuern nach Bedarf zu erheben, soweit nicht die Reichsverteilung dies der genug zur Reichsverteilung erlaubten reibarischen Fortschritten entgegensteht.“ Seither stellt der Erste und der Zweite der Reichsleitung der Reichsfinanzminister und zentraler Landes- und Gemeinderechner, die die Steuerabnahmen des Reichs zu spätigen gestattet sind, seines Obersteuerberater Beratungen der Reichsfinanzen entgegen. Diese Beratungen entgegenstehende Gesetze und Steuerabnahmen werden aufgezeichnet und gegen neue Steuerabnahmen der Gemeinden bei der Reichsminister der Finanzen über die den ihm beauftragte Steuerberichte ein Einschreiten. Gleichzeitig schlägt dem Reich auf der einen und den Ländern und Gemeinden auf der anderen Seite einer Steuerabnahmen nicht über die Frage des Widerstandes und Widerstreit, so entgegen der Reichsverteilung, sondern ob es oder nicht um die Schädigung der Gemeinden des Reichs, so entgegen der Reichsleitung noch freien Gewissen erzieht. Die Abschaffung der eigenen Steuerabnahmen ist für die Länder und Gemeinden die einzige Voraussetzung der Berechtigung im Ertragen der Reichssteuern. Die Länder sollen Steuern keine Erträge bei Steuerabnahmen und bei Steuerberichterstattung erhalten, können keine Steuern über solche ihrer Gemeinden und Gemeindeverbände entgehen werden. Steuerberichterstattung ist

Besteuerungsmerkmale, die auf die Berücksichtigung der persönlichen Leistungsfähigkeit abzielen, nicht zugrunde gelegt werden, da sonst die Grenze gegenüber der Einkommensteuer verschoben wird. Nachdem das Reich auf eine Vergnügungssteuer verzichtet hat, wird den Gemeinden allgemein die Verpflichtung zur Erhebung einer solchen auferlegt. Die Normalbestimmungen soll der Reichsrat erlassen.

Das Reich nimmt die Einkommensteuer ausschließlich in Anspruch, da neben einer heraufliegenden Einkommensteuer der drei Steuerländer Reich, Länder und Gemeinden vertreten wirken, die Arbeit der Behörden verdoppeln und verdreifachen und die Steuerpflichtigen in unerträglichem Maße belästigen würden. Die Länder und Gemeinden müssen allerdings dabei auf die Selbstständigkeit ihrer Finanzierung und die Verpflichtlichkeit ihrer Ausgaben zugunsten des Reiches verzichten. „Zuschlagsautonomie“, heißt es in der Begründung wörtlich, „ist aber mit sofortiger stärkster Anspannung unvereinbar.“ Der gleichzeitige Vorschlag eines Reichseinkommensteuergesetzes geht bis an die äußerste Grenze der Verlängerungsmöglichkeit und macht tatsächlich Zuschläge unmöglich. Sollte man durch Zuschläge diese Grenze überschreiten, so würde man die Existenz zahlreicher Steuerpflichtiger vernichten und die Kapitalbildung verhindern und damit die Grundlage für den Bestand und Fortschritt der Volkswirtschaft zerstören.

Die hohen Tähe der Reichseinkommensteuer bilden das Gegenstück der außerordentlichen Erhöhungen der indirekten Steuern. Durch die Zuschläge entstehen unerträgliche Unterschiede in der Höhe der Belastung. „Die Unterschiede haben sich so weit ausgewachsen, daß die leistungsfähigen Steuerpflichtigen die Gemeinden mit hohen Zuschlägen meiden und sich durch die Flucht in Gemeinden mit niedrigen Zuschlägen weitgehende steuerliche Vorteile vor der an die Arbeitsstelle gebundenen ärmeren Bevölkerung verschaffen. Steuerflucht und Steueroasen wirken antisozial und demoralisieren die Steuerpolitik der Gemeinden.“ Auf diesem Wege wird vielfach die vom Gesetz gewollte Progression der Steuern geradezu in eine Depression zu Gunsten der höheren Einkommen verwandelt. Es bleibt also nichts anderes übrig, als den Ländern und Gemeinden an Stelle der von ihnen selbst zu bestimmenden Einnahmen feststehende Anteile an der Reichseinkommensteuer zuzuteilen. Dabei entsteht die Gefahr, daß die Steuern zur Deckung der Ausgaben des Reichs, der Länder und Gemeinden nicht ausreichen, um alle Wünsche der Steuerpflichtigen einschließlich der neu hinzutretenden Aufgaben zu bedienen. Bei der notwendigen gegenseitigen Rücksichtnahme kann die Verteilung nur nach dem Verhältnis der lebenswichtigen Bedürfnisse vorgenommen werden. „Den Ländern und ebenso dem Reich bleibt nur übrig, die Ausgaben nach den Einnahmen zu besteuern und ungeduldige Bedürfnisse zurückzustellen.“ Und weiter: „Kein Versuch zur Rettung aus der Finanznot kann gelingen, wenn die Steuerreform nicht mit dem Erfüllen gepaart wird, die Ausgaben unter allen Umständen den nicht mehr steigerungsfähigen Einnahmen anzupassen.“ Die Länder und Gemeinden haben den verbleibenden Rest von Steuerpflichten auszubauen und ihre wirtschaftlichen Unternehmungen möglichst ergiebig zu gehalten. Sie haben mit den beschriebenen Einnahmen „so zu wirtschaften, daß die Lebensinteressen getahlt bleiben und Kultur und Wirtschaft auch in dem enger gespannten Rahmen vor Verfall gerettet werden“. Der Gedanke einer Fürsorgepflicht des Reichs für die Gemeinden wird als abwegig und als eine Verfehlung der finanziellen Möglichkeiten zurückgewiesen. Verliest sich ein unrichter Verband in Beleidigungsschärfe so klar, er die Hilfe des übergeordneten Verbandes nur durch teilweisen Verlust seiner Selbstverwaltung erlangen.

In der Hauptrichtung handelt es sich um das Tourenfahrtersonal. Während dieselben an Lohn wöchentlich 220 M. verlangen, wollen die Brauereien nur 180 M. geben. Wenn auch das Einkommen von 230 M. die Woche garantiert wird, so müssen doch die betreffenden Befestige immer erst durch ihren Bierumlauf erzielen. Das Fahrpersonal ist der Meinung, daß bei den gewaltigen Preiserhöhungen, welche die Brauereien vorgenommen, es keinen Vorteil von den gewährten Provisionstümern hat, da ja nach ihrer Meinung der Bierumlauf erheblich zurückgeht. Was aber weiter mit zur Ablehnung beträgt, ist, daß die Unternehmer ihr Angebot davon abhängig machen, die ersten drei Monate überhaupt keine Forderungen mehr zu stellen. Die Vertrauensleute und Betriebsräte stehen auf dem Standpunkt, weil die wirtschaftliche Lage eine so verantwortliche ist, müsse das Verlangen abgelehnt werden.

Die Abstimmung selbst ist am Donnerstag resp. am Freitag in den zum Tarifbund gehörenden Brauereien und Bierbrauereien vorgenommen worden. Auf Grund des Abstimmungsergebnisses beschlossen die Betriebsräte und Vertrauensleute am 24. April in den Streit zu treten.

Eine weitere am Sonntag, 25. April, stattgefundenen Funktionärsversammlung der streikenden Brauereiarbeiter nahm den Situationsbericht der Streikleitung entgegen.

Aus dem Bericht von Hodapp war zu erkennen, daß der Streik restlos erfolgt ist. Die endgültige Zahl der Streikenden kann erst im Laufe des Montags festgestellt werden. Die Stimmung unter den Streikenden ist dahingehend, daß sie gewillt sind, bis zur Erfüllung ihrer gerechten Forderungen im Streik auszuhalten. Als hauptsächliche Streikpunkte sind bezeichnet worden: Die Erfüllung der Forderungen des Fahrpersonals und die Verkürzung der von den Unternehmern auf drei Monate festgesetzten Fristungszeit für die Wohnjäste. Nach eingehender Diskussion wurde der am Freitag geführte Preislist aufgehoben, wodurch das Füllern der Pferde vereinfacht wird. Die Versammlung beschloß gegen etwa 15 Stimmen: Die Streikenden sind bereit, die Rostandsarbeit des Pferdefütterns auszuführen, wenn die Arbeitgeber sich bereit erklären, die technische Arbeit aus den Betrieben fernzuhalten bzw. welche schon in Tätigkeit getreten ist, aus den Betrieben herauszuziehen. Die Betriebsräte sind beauftragt, zur Abreise dieser Angelegenheit sofort mit den Betriebsleitungen in Verbindung zu treten.

Die Versammlung beschloß weiter, daß die Streikenden kein Interesse daran haben, daß die in den Brauereien Friedhofskain und Deutsche Bierbrauerei in Wiedelshofen lediglich mit Arbeitshilfen beschäftigten Arbeiter in den Streik treten bzw. im Streik verbarren. Im übrigen wurden die bisherigen Maßnahmen der Streikleitung gutgesehen.

Die Streikleitung befindet sich im Verbandsbüro, Muldstr. 10, I.

unter Ausschaltung jeder Spekulation. Jede Stadt muß von einem dichten Netz von Gärten umgeben sein!

Kann zurzeit nicht gebaut werden, dann wollen wir wenigstens zur gärtnerischen Arbeit den Boden haben! Wie bald wird dann der Heimstättengarten, der bis dahin nur Kartoffeln trug, oder sogar als Spekulationsland brachte liegenbleiben, zwei- oder dreimal soviel Nahrungswerte hervorbringen, und zwar durch Arbeitskräfte, die bisher nach einer achtsündigen Berufsaarbeit sterbten. Die wichtigsten Lebensgüter, Nahrung und Wohnung, werden vermehrt; das Ausgebet steigt. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben außer ihrem Lohn noch die Erträge ihrer Gartenarbeit und Kleintierzucht.

Dürden wir keine Spekulation mit den Lebensmittel und Lebensgütern, die wir dem heiligen Grunde unseres Vaterlandes verdenken!

Dürden wir keine planlose Vergewaltigung, keine Wucher mit den Stoffen, aus denen wir unsere Heimstätten erbauen müssen.

Die Bodenspekulation hat unser Volk zerstört! Teurer Boden bedeutet Mietskasernen, in denen in überhöhten Wohnungen die geistige und körperliche Gesundheit unserer Kinder vernichtet wird. Nur auf billigem, vor Wucherhänden geschütztem Boden können Heimstätten errichtet werden.

Nur solche Volksregierung hat Aussicht, bestehen zu bleiben, die jetzt sofort zurrettenden Tat schreitet! Als erste soziale Tat fordern wir: Befreiung des Bodens von jeder Spekulation. Wir fordern ein durchgreifendes Heimstättengesetz!

Kein Heimstättengesetz aber wird helfen, wenn nicht in der Reichsregierung eine Stelle vorhanden ist, die alle damit zusammenhängenden Fragen einheitlich zu behandeln. Recht und Pflicht hat eine Stätte, die dem deutschen Volke und seinen Vertretern dauernd verantwortlich bleibt für eine ehrliche und entschlossene Durchführung dieser entscheidenden Zukunftsaufgaben. Deshalb fordern wir die sofortige Errichtung eines Reichsheimstättengesetzes.

Boden darf nur eine Stätte der Arbeit und niemals eine Quelle arbeitsloser Gewinnes sein. Der deutsche Boden muß in das gesicherte Nutzungsrecht derjenigen übergehen, die ihn als Heimstättengeland benutzen wollen. Wer bereits Laubengland als Wüsteland hat, der soll ein Vorrecht auf dieses Land unter dem Heimstättengesetz haben.

Zudem, der Heimstättengesetz haben will, muß dieser Boden bereitgestellt werden. Wahlwahl über Spekulationsentwicklungen! Nur so kommen wir zur Anerkennung ehrlicher Arbeit und zur inneren Ruhe!

Urabstimmung und Streik in den Brauereien Groß-Berlins.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute der in den Brauereien in Frage kommenden Organisationen beschlossen in einer Versammlung am 21. April nach dem Bericht des Kollegen Hodapp und noch langer und heftiger Diskussion, das Lohnangebot der Unternehmer den Kollegen in den Betrieben zur Urabstimmung zu unterbreiten.

In der Hauptrichtung handelt es sich um das Tourenfahrtersonal. Während dieselben an Lohn wöchentlich 220 M. verlangen, wollen die Brauereien nur 180 M. geben. Wenn auch das Einkommen von 230 M. die Woche garantiert wird, so müssen doch die betreffenden Befestige immer erst durch ihren Bierumlauf erzielen. Das Fahrpersonal ist der Meinung, daß bei den gewaltigen Preiserhöhungen, welche die Brauereien vorgenommen, es keinen Vorteil von den gewährten Provisionstümern hat, da ja nach ihrer Meinung der Bierumlauf erheblich zurückgeht. Was aber weiter mit zur Ablehnung beträgt, ist, daß die Unternehmer ihr Angebot davon abhängig machen, die ersten drei Monate überhaupt keine Forderungen mehr zu stellen. Die Vertrauensleute und Betriebsräte stehen auf dem Standpunkt, weil die wirtschaftliche Lage eine so verantwortliche ist, müsse das Verlangen abgelehnt werden.

Die Abstimmung selbst ist am Donnerstag resp. am Freitag in den zum Tarifbund gehörenden Brauereien und Bierbrauereien vorgenommen worden. Auf Grund des Abstimmungsergebnisses beschlossen die Betriebsräte und Vertrauensleute am 24. April in den Streit zu treten.

Eine weitere am Sonntag, 25. April, stattgefundenen Funktionärsversammlung der streikenden Brauereiarbeiter nahm den Situationsbericht der Streikleitung entgegen.

Aus dem Bericht von Hodapp war zu erkennen, daß der Streik restlos erfolgt ist. Die endgültige Zahl der Streikenden kann erst im Laufe des Montags festgestellt werden. Die Stimmung unter den Streikenden ist dahingehend, daß sie gewillt sind, bis zur Erfüllung ihrer gerechten Forderungen im Streik auszuhalten. Als hauptsächliche Streikpunkte sind bezeichnet worden: Die Erfüllung der Forderungen des Fahrpersonals und die Verkürzung der von den Unternehmern auf drei Monate festgesetzten Fristungszeit für die Wohnjäste. Nach eingehender Diskussion wurde der am Freitag geführte Preislist aufgehoben, wodurch das Füllern der Pferde vereinfacht wird. Die Versammlung beschloß gegen etwa 15 Stimmen: Die Streikenden sind bereit, die Rostandsarbeit des Pferdefütterns auszuführen, wenn die Arbeitgeber sich bereit erklären, die technische Arbeit aus den Betrieben fernzuhalten bzw. welche schon in Tätigkeit getreten ist, aus den Betrieben herauszuziehen. Die Betriebsräte sind beauftragt, zur Abreise dieser Angelegenheit sofort mit den Betriebsleitungen in Verbindung zu treten.

Die Versammlung beschloß weiter, daß die Streikenden kein Interesse daran haben, daß die in den Brauereien Friedhofskain und Deutsche Bierbrauerei in Wiedelshofen lediglich mit Arbeitshilfen beschäftigten Arbeiter in den Streik treten bzw. im Streik verbarren. Im übrigen wurden die bisherigen Maßnahmen der Streikleitung gutgesehen.

Die Streikleitung befindet sich im Verbandsbüro, Muldstr. 10, I.

Bewegungen im Berufe

Brauereien, Bierniederlagen.

† Augsburg. Nachdem am 20. März die Verhandlungen mit dem bayerischen Brauerbund betreffs Leuerungszulage für die drei Zonen erledigt waren, fanden auf Grund des Sonderabkommen am 9. April die Verhandlungen über die Leuerungszulage für Augsburg statt. Die Augsburger Brauereiarbeiter forderten zu ihren bestehenden Wochenlöhnen von 180 bis 182 Ml. für sämtliche Arbeitnehmer eine wöchentliche Zulage von 70 Ml. Außerdem für alle Arbeiter eine Wirtschaftshilfe von 800 Ml. Die Arbeitgeber boten eine Zulage von 60 Ml. pro Woche und als Ausgleich für Bier weitere 5 Ml. wöchentlich. Seither erhielten die Arbeiter den Haustrank pro Liter zum Preise von 30 Pf. Ab 2. April verlangten die Arbeitgeber 45 Pf. für den Liter. Die geforderte Wirtschaftshilfe lehnten die Arbeitgeber ab. Außerdem verlangten sie, daß auf Grund obiger Zugeständnisse bis 15. Juni keine neuen Fortsetzungen gestellt werden dürfen. In der Versammlung am 14. April berichtete Kollege Moshammer über das Ergebnis der Verhandlung. Sämtliche Redner erachteten das Zugeständnis der Arbeitgeber als ungünstig und wurde einstimmig beschlossen, den Brauereien bis morgen abends 5 Uhr ein Ultimatum zu stellen. Um diese Zeit verlangten die Arbeitgeber weitere Verhandlungen. Nach zweistündiger Verhandlung erklärten sie sich zu folgenden Zugeständnissen bereit: Sämtliche Arbeiter über 20 Jahre erhalten eine wöchentliche Zulage von 70 Ml., Jugendliche unter 20 Jahren und Frauen eine solche von 45 Ml. Als Ausgleich für den erhöhten Haustrank wöchentlich weitere 15 Ml., gleichviel wieviel Liter Bier die einzelnen Arbeiter seither bezogen hätten. Als Wirtschaftshilfe erhalten die Verheirateten 150 Ml., die Ledigen 100 Ml. Die verlangte Bindung bis 15. Juni wurde fallen gelassen. In der überaus zahlreichen Teilnahme Versammlung am gleichen Abend berichtete Kollege Moshammer über das Ergebnis der Verhandlung und empfahl, dasselbe anzunehmen. Mit großer Mehrheit wurde dem zugestimmt. Dadurch sind die Augsburger Brauereiarbeiter mit ihren Löhnen mit an die erste Stelle gerückt, was auch die Lebenshaltung bedingt.

† Fürstenwalde. Die am 17. April stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der bevorstehenden Lohnbewegung der Bierigen Brauereiarbeiter. Die Löhne betragen zurzeit für Gelehrte 110 M., für Ungelehrte 104 M. Die Versammlung bedauert, daß der Lohntarif nicht schon im vergangenen Jahre gefündigt wurde. Wir redenken demnach darauf, daß die Brauereien entsprechend den Berliner Abmachungen auch hier handeln würden, doch die Lebensmittelverhältnisse hier durchaus nicht viel billiger sind als wie in Berlin. Aber wir hätten uns gefäulicht. Wiederholtes Vorstellen werden um Erhöhung des Lohnes wurde wenig berücksichtigt. Die Versammlung erwartet unbedingt, daß ihnen bei den bevorstehenden Tarifabschlüssen auch endlich ein Lohn zugesichert wird, welcher den bierigen Brauereiarbeitern ein menschenwürdiges Dasein gewährt. Nicht besser steht es mit den Küchenarbeitern, auch hier muß eine dementsprechende Lohn erhöhung stattfinden. Das bei einer bierigen Brauerei gut Strohhülsenfabrikation Frauen eingestellt wurden, wurde schriftlich kritisiert. Die Versammlung ist der Meinung, daß zuerst die arbeitslosen Männer berücksichtigt werden müssen. Beschlossen wurde noch, daß der 1. Mai durch Arbeitstreue gefeiert wird.

† Siel. Gute ist bei der Pahlenhofer Niederlage. Seit November steht die Organisation mit der Beiratssitzung der Pahlenhofer Brauerei Berlin in Verhandlung, damit dem hiesigen Personal der Niederlage der Sieler Tariflohn bezahlt wird. Den Bierfahrern wurden noch im November Wochenlöhne von 18 Ml. bezahlt. Mit allen möglichen Rücksichten glaubt die Direktion selbst die vom hiesigen Lohn- und Arbeitsamt festgelegten Löhne umgehen zu können und nicht zu bezahlen. Alle bisher gemachten Rulagen bleiben weit hinter den Sieler Löhnen zurück. Mit der Bierpreiserhöhung ist man schneller an der Band. Der hiesige Geschäftsführer erklärt, wenn die Firma diese Löhne zahlen soll, muß sie den Betrieb hier iddien. Mit Freuden sehen die hiesigen Firmen eine Firma vom Siel scheiden, die als Lohnräuber auftritt und den übrigen kleinen Firmen, die den tarifmäßigen Lohn bezahlen, den Schlangenkampf schwer macht. Man hätte aber auch annehmen müssen, daß die Herren in der Berliner Zentrale der Pahlenhofer Brauerei auch etwas durch die Revolution erlernt hätten, die Arbeit zu ihrem Recht kommen zu lassen, mindestens aber auf das Schreiben der Organisation zu antworten. Man hält es aber anscheinend gar nicht mehr für notwendig, der Organisation zu antworten. Diese Woche war ein Direktor in Siel, und konnte sich derselbe von den Sieler Verhältnissen überzeugen, er lebte aber dem Geschäftsführer gegenüber ab, den tarifmäßigen Lohn zu bezahlen. Die Firma verlangt höheren Bierpreis als in Siel und will niedrigere Löhne zahlen als durch den Tarif vorgesehen. Den Lohn, den alle übrigen Firmen unserer Branche zahlen, wird auch die Pahlenhofer bezahlen können, als Lohnräuber gebrauchen wir diese Firma hier nicht, auch schon im Interesse der übrigen Firmen liegt es, dieses zu verbieten.

machen

+ Frankenthal. Die Arbeiter der Pfälzischen Fluggenossenschaft (Fah. Wiss. Mohr) in Albsheim bei Grünstadt haben durch Niederlegung der Arbeit einen zellen Sieg erungen. Der Vorsteherde Klement, Frankenthal, hatte Mitte März mit Herrn Mohr eine Verhandlung über 25 M. wöchentliche Zulage und 100 M. Lerrichtigkeitsbeiträge. Herr Mohr hatte diese Forderung an seinen Kunden, den Kommunalverband Frankenthal-Land, übergegeben, und der Kommunalverband einschließlich einer Fliegelsbzulage von 3 M. pro Zeitner vom 1. März ab, um seinen Arbeitern diese gerechte Forderung zu kommen zu lassen. Aber Herr Mohr kam zu der Einsicht, dass diesem Betrag den Hauptteil für sich in Aussicht zu nehmen; die Fliege gab es eine Zulage von 6 M. von April ab. Auch hat man es verstanden, immer bei Arbeitswougel zu sprechen, um die Leute einzuschärfen. Am 13. April, als man den Vertreternmann aus Grünstadt, meist erneut die Forderung an Herrn Mohr stellte, die Türe wies, legten die Arbeiter bis zum

letzten Mann, einschließlich des Obermüllers, die Arbeit niedert. Am nächsten Tage war man schon geneigt, in Clement, Frankenthal, zu verhandeln. Es wurden weitere 30 Pf. Bulage pro Woche erzielt, die achtstündige Arbeitszeit anerkannt, welche bisher noch eine elfstündige war, Bezahlung der Ueberstunden nebst Nachtzuschlag, Urlaub nach zwei Jahren sechs Tage, die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld wird bis zu 12 Tagen ausgeglichen. Die Vereinbarung besteht auf gegenseitiger vierwochentlicher Kündigung.

Mögen aus dem die Kollegen auf den ländlichen Mühlen die Lehre ziehen, daß auch sie eine Macht bilden in Geschlossenheit. Vorstehendes trifft auch bei den Mägern in Neuleinigen zu. Hier hat man ganz nach demselben Schema gehandelt, erst hat man Ernst machen müssen, dann konnte im Verhandlungen etwas erreicht werden. Also, ist der Betrieb noch so abgelegen bzw. noch so klein, eine Organisation ist notwendig, sie ist zur Lebensnotwendigkeit aller Arbeiter geworden.

Brennereien, Hefefabriken

f. Hamm. Streift bei der Firma Gebr. Asbeck
Brennerei und Hefefabrik. Nachdem wir schon im Mär-
nach Ablauf des Tarifes, neue Forderungen eingereicht
hatten, welche einigermaßen der heutigen Zeit entsprechen
kam es jetzt endlich zur Verhandlung. Hatten wir nun ge-
glaubt, die Firma würde die Forderungen anerkennen, da-
doch in dieser Zeit sämliche Bedarfssortikel ins übermeis-
liche gestiegen sind, so hatten wir uns getäuscht. Nach
mehrmaligem Verhandeln konnten wir zu keiner Einigun-
sommen; die Firma erklärte ihren Arbeitern, wer in
dem Angebot nicht zufrieden ist, kann gehen, worauf die
Arbeiter durch die Not dazu gezwungen, geschlossen den
Betrieb verlassen haben. Möge das geschlossene Vorgehen
der Arbeiter den Gebrüdern Asbeck, die sich noch schled-
von dem Herrn-im-Hause-Standpunkt trennen können,
halb eines andern belehren. Bis jetzt haben die Gebrüder
Asbeck ihre Arbeiter mit einem Hungerlohn abgespeist, aber
die Not in den Familien hat die Arbeiter gezwungen, in
den Streik zu treten. Mögen sie so geschlossen ausharren
bis ihre gerechten Forderungen auf ein menschenwürdiges
Dasein bewilligt sind. Hoch die Solidarität! Zugang in
fernauhalten.

Korrespondenzen

Gaheta. Die Brauereiarbeiter, Mühlenarbeiter, Nährmittelarbeiter, Käseröhrchenarbeiter und Brennereiarbeiter werden aufgefordert, sich niemals durch Unterschrift herbeizulassen, mit diesem oder jenem einverstanden zu sein. Die kleinen Brauereibesitzer versuchen dieses Manöver immer wieder, sich von ihren Arbeitern in irgendeiner Weise Unterschrift geben zu lassen. Wenn nun der Arbeiter den vertraglichen Zeit oder Einhaltung des Tarifvertrages verlangen und übergeben das weitere ihrem Verbandsvertreter selbst mit Vollmachten, so zieht irgend ein solcher Herr die Unterschriften heraus und sagt, seine Arbeiter seien zufrieden. Diese Eigenmächtigkeiten können nur dadurch beseitigt werden, wenn die Arbeiter mehr Rückgrat zeigen und sich auf einen detarifigen Streich ihrer Arbeitgeber nicht einzulassen.

Nur ein Fall. Bei dem Brauereibesitzer Winkler in
Wessberg D.-W., wurde der Tarifvertrag (Bundestarifvertrag
rechtsgeleichtlich kanckt) eingereicht. Herr Winkler, ob-
wohl Mitgliod, fällt es gar nicht ein, den Vertrag einzuhaf-
ten. Die Brauereiarbeiter geben dem Verbandsvertreter die
Vollmacht. Herrn Winkler beim Amtsgericht Passberg um
die Anerkennung bzw. Lohnzahlung laut Vertrag zu ver-
hagen. Der Verbandsvertreter hatte die Vollmacht der
Arbeiter. Der Besitzer Herr Winkler hatte auch eine Voll-
macht, daß die Arbeiter zufrieden sind usw. Obwohl vor
auszusehen war, daß die Vollmacht des Herrn Winkler eine
erzwungene war, stand der Herr Amtsrichter von Pass-
berg auf dem Standpunkt, daß Winkler seine Sittel von den
Arbeitern anzuerkennen setzen und die Vollmacht der Ar-
beiter, die der Verbandsvertreter vorlegte, ungültig sei.

zum Beispiel in der Bevölkerung und nicht etwa, was es
mögen, die Behörden haben sich noch nie für die Arbeiter
interessiert. Darum müssen wir uns selbst helfen.

Meissen. In einer gutbesuchten Versammlung sprach Kollege Brödner über Zwangswirtschaften, welche erheblich Schwierigkeiten bei Lohnbewegungen hervorufen und durch die Kollegen hart Geduldproben ausgesetzt sind. Uns sind die Herren Amtshauptmann Sievert und Claus Preißl, Vorsitzender der Meiener Mühlengenossenschaft, noch in guter Erinnerung, die für Verlängerung der abfallenden Arbeitszeit eintraten, und erst kürzlich erklärte wieder Herr Amtshauptmann Sievert im Wirtschaftsministerium bei Feststellung der Mahllöhne der A.-V.-Mühlen, daß für diese der Mahllohn ausreichend sei. Dieser Herr sollte einmal in den A.-V.-Mühlen Umschau halten, wie erbärmlich heute noch die Bezahlung der Mühlarbeiter aussieht. Die Kollegen werden aus den Ausführungen des Referenten nun verstehen, welche riesige Arbeit damit verbunden ist. Weiter berichtete Kollege Brödner über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Brauereien und der Möbelfabrik Schäfer. An den Kollegen liegt es nun, das ihnen zu gestandene auch einzuhalten. Der Beschluß des Verbandsberats über Zeitraumserhöhung usw. wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß der Versammlung forderte der Vorstand die Kollegen auf, in der Agitation recht tätig zu sein, damit der Rest der Unorganisierten unserer Zunft große wiedereinführt werden kann.

Festmahl. Die Zahlstelle Fesemall hieß am 11. April eine außerordentliche Versammlung im Vereinslokal Kleinerkt. 10, ab, wozu Kollege Ober, Stettin, erschien war. Nach Erörterung innerer Angelegenheiten durch den Vorsitzenden, trat Kollege Ober über die Lohnverhältnisse und die Aufbesserung durch den Verband, und ermahnte zuzusetzen Zusammenhalten der Kollegen, denn nur dadurch könne das Ziel erreicht werden. Einigkeit macht stark.

Rundschau

Aus Industrie und Gewerbe

Kapitalerhöhungen. Die Wefermühlen A.-G. Hamm schlägt Erhöhung um 1,5 Millionen Mark auf 4 Millionen Mark vor. Die Rathenower Dampfmühlen A.-G. um 1,5 Millionen Mark auf 2,5 Millionen Mark. Die Nationalbrauerei Braunschweig erhöhte ihr Aktienkapital um 0,75 Millionen Mark auf 1,65 Millionen Mark. Die Münziger Aktienbrauerei beantragt Erhöhung um 0,3 Millionen Mark auf 3,6 Millionen Mark.

Betriebskonzentration. Sämtliche Aktien der Brauerei Weissenburg, Ohm u. kleine A.-G., Lippstadt, von 1800 000 M. sind in den Besitz der Brauerei zum Felsenkeller in Herford und der Victoria-Brauerei A.-G. in Bochum übergegangen. — Die Geldeneck'sche Brauerei ist in den Besitz der Firma Sinner, Karlsruhe-Grünwinkel übergegangen. — Das Braucontingent der Brauerei Bahn in Böblingen übernahm die Brauerei Dinsfelder in Stuttgart. — Die Brauerei Wörner in Dusslingen verkaufte ihr Contingent an die Brauerei Englischer Garten in Stuttgart. — Der Aufsichtsrat der Brauerei Händler in Hindenburg schlägt der Generalversammlung die Verschmelzung mit der Wesselaue Spritfabrik vor. — Eine Verschmelzung der Gorlauer Brauerei mit der Brauerei Croischedt ist geplant. — Die Hauptversammlungen der Tivoli-Brauerei und der Altenbräuerei Rettenecker in Stuttgart haben die Verschmelzung der beiden Brauereien genehmigt. — Die Brauerei Niedeck, Leipzig, übernimmt pachtweise die Kommunbrauerei Altenburg.

Die Kognak- und Gelebfabrikation in der ehemaligen Dessauer Feldschlößchen-Brauerei soll von der Firma Gebr. Wulff Mitte Mai aufgenommen werden.

Aus der Geigerforschungsbewegung

Verbindlichkeit der Tarifverträge. Das Reichsarbeitsministerium kann Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangt haben, für allgemein verbindlich erklären. Die Tarifverträge erlangen damit auch gegenüber den am Abschluß des Tarifvertrages nicht Beteiligten für alle nach der Art der Arbeit hierunter fallenden Arbeitsverträge verbindliche Kraft. In einer Besprechung beim Reichsarbeitsministerium über Tarifvertragswesen wurde die Frage erörtert, ob bei Ablauf des Vertragsverhältnisses unter den Parteien auch die allgemeine Verbindlichkeit erlischt. Auf Grund dieser Erörterung hat das Reichsarbeitsministerium nunmehr eine Regelung dahin eintreten lassen, daß bei Beendigung des Tarifvertragsverhältnisses auch die allgemeine Verbindlichkeit mit dem Zeitpunkt des Vertragsablaufs ohne vorherige Bekanntmachung aufgehoben wird, wenn nicht ein baldiger Neuabschluß in Aussicht steht und alle beteiligten Verbände die Aufrechterhaltung der allgemeinen Verbindlichkeit wünschen. Bei der gesetzlichen Neuregelung des gefärbten Tarifvertragsrechts, die in Vorbereitung ist, wird auch diese Frage behandelt werden.

Was ber Unternehmenstruktur

Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Der Mitgliederbestand der Vereinigung hat im Jahre 1919 wesentliche Fortschritte gemacht. Wie der Geschäftsführer, Dr. Tänzler, auf der letzten Mitgliederversammlung mitteilte, wurden am 1. Januar 1920 150 unmittelbar ange schlossene Verbände gegen 76 im Jahre 1919 gezählt. Die Zahl der Unterverbände betrug 575 gegen 298, die Zahl der Betriebe 52 583 gegen 40 089 und die Zahl der beschäftigten Arbeiter 4 021 042 gegen 2 414 393. Nachverbände sind in der Vereinigung vertreten 70 mit 37 145 Betrieben und 3 074 979 Arbeitern, gemischtgewerbliche liegen 60 Verbände mit 15 333 Betrieben und 946 063 Arbeitern. Im ersten Quartaljahr 1920 haben 23 Arbeitgeberverbände die Mitgliedschaft erworben.

Volkswirtschaftliches, Soziales

Die erhöhten Postgebühren sollen sich am 1. Mai in Kraft treten. Die Nationalversammlung hat in der Sitzung vom 24. April folgende Eige beschlossen:

Postarten		30	Pf.
Briefe bis zu 20 Gramm		40	"
Briefe über 20 bis 250 Gramm		60	"
Drucksachen bis 50 Gramm		10	"
über 50 bis 100 Gramm		20	"
" 100 " 250		40	"
" 250 " 500		60	"
" 500 " 1000		80	"

Wirkungen des Alkoholverbots. In der „Freiheit“ Nr. 111 vom 8. April finden wir folgende Notiz: „Wirkungen des Alkohols. Bekanntlich stehen die Vereinigten Staaten seit einiger Zeit unter dem Verbot des Missbrauchs und Vertriebes von alkoholischen Getränken. Neben die Wirkungen dieser gleichlichen Abstinenz veröffentlicht nun das Statistische Amt der nordamerikanischen Stadt Detroit, die rund eine Million Einwohner zählt, interessante Details. Die Gesamtzahl der Verhaftungen betrug in der Periode 1917/18 59 030, in der alkoholfreien Periode 1918/19 26 812; sie zeigt also eine Abnahme von 54 Proz.; die Zahl der Angriffe auf Personen betrug in der alkoholischen Zeit 1868, in der alkoholfreien 994; die Fälle von unerlaubtem Betteln fielen in den gleichen Zeiträumen von 459 auf 43, d. h. um 90 Proz.; die Zahl der Todesfälle infolge von Trunksucht von 107 auf 19 und die der Unfälle infolge von Familienschwund 12 074 auf 1 615.“

hüngungen von Familien von 12 074 auf 9157." Dagegen brachte die englische Zeitung "The Daily Mail" vom 29. Dezember 1919 folgende Notiz aus Newhaven: "Die Liste der Gedessorter, die zu Weihnachten Whisky, aus Holländische hergestellt, getrunken hatten, hat die Zahl 75 erreicht und nimmt ständig zu. Lufthende von weiteren Personen leiden noch zu Hause an den schädlichen Nachwirkungen, die der Genuss dieses Getränktes verursacht, und der unter frampfhaften Vergiftungsverhältnissen höchst gefährliche Fortschreiten."

dem Eintrittsjahre des Alkoholverbotes die Zahl der Verbrechen in den Vereinigten Staaten sich in geradezu erschreckender Weise vermehrt, hat, anstatt zu sinken. Die Leute, die keine alkoholischen Getränke erhalten, verkaufen sich allerlei namenlose Getränke, die größtenteils Brennspiritus enthalten. Schon vor längerer Zeit haben die Polizeidirektoren von Newhof und Chicago auf dieselbe Erhebung aufmerksam gemacht und geradezu um Bestärkung ihrer Polizeitruppen gebeten, die durch die Zunahme der Verbrechen seit Erlass des Alkoholverbotes notwendig geworden sei. In den Berichten hieß es, daß eine Menge von Leuten, die an mäßigen Alkoholgenügs gewöhnt waren, Kokain, Morphinum, Opium und andere Betäubungsmittel anwenden, die sowohl individuell als auch sozial weit gefährlicher sind.

Der Alkoholverbot in Amerika. Während in den Vereinigten Staaten noch erbittert um das Alkoholverbot gekämpft wurde, hatte sich bereits eine traurige Folgeerscheinung dort in zunehmendem Maße bemerkbar gemacht, der Genuß von „Drogen“, von Reizmitteln und Halluzinen aller Art. Um diese „Krankheit“, die bereits irreführende Opfer gefordert hat, genau lernen zu lernen, wurde eine besondere Kommission zum Studium widerrechtlichen Gebrauches von Drogen eingesetzt, und sie hat nun einen sehr bezeichnenden Bericht eröffnet, dem der „Pester Lloyd“ die folgenden Zahlen entnimmt: Danach besteht sich die Zahl derjenigen, die solche Reizmittel, hauptsächlich Opium und Salvin, gewohnheitsmäßig ohne ärztliche Verordnung gebrauchen, auf mehr als eine Million Menschen. Nun kommt an, daß von allen Drogen, die in den Vereinigten Staaten genossen werden, mindestens 90 Proz. nicht von den Aerzten zu Heilzwecken verordnet werden. Der Handel mit dieser Drogen wird mit 20 000 000 Dolari angegeben. Dazu kommt aber noch das, was im Schwarzhandel erworben wird, und das muß zum wenigsten mit einer ebenso großen Summe angenommen werden. Die Opiumeinfuhr ist in den Vereinigten Staaten zweimal so schnell gestiegen als die BevölkerungsgröÙe; sie umfaßt gegenwärtig eine Menge, die für Jahr und Kopf durchschnittlich 35 Dolari des Gutes ausmacht. Die Einfuhr der Schokolade hat sich ebenfalls außerordentlich vermehrt und steht noch fortwährend. Sie Gründe für die Zunahme dieses Leidens, die bei einem jungen und törichten Volk wie den Amerikanern besonders unerträglich erscheint, wird neben dem Alkoholverbot die nervöse Unruh des modernen Lebens und der Sorge Reiseinschlämpf angegeben sowie das Fortschreiten der eingewanderten Chinesen.

Litteratiūdēs.

Zeitung für Kriegsunterkünfte. Herausgeber: Reg.-
rat Erich Röhrmann, Referent im Reichsarbeitsministerium,
Preis 2 RM und 20 Pfennig Buchhandelsausgabe. Verlag
Gesellschaft für Erziehung e. V. o. Berlin-Kreuzberg.

Berbandsnachrichten.

Erstausgabe, Redaktion und Vertrieb der „Berlische Zeitung“:
Berlin S. II, Städterstraße 64, Taxispostamt: Nr. 1448 Berlin 275.

Die Wieder in der 18. Woche bezahlt fällig.

Zielstellungen der Haushaltswirtschaft.

Wichtige Beitragsberechnung

Die eingefügten Abrechnungen für das 1. Quartal 1921 ergeben, daß in fast einer Reihe von Zahlstellen zum Sohn entsprechend zu niedrige Beiträge gezeigt werden. Zum Stand der gegenwärtiger Löhne nach kann nur noch ganz vereinzelt ein reiner Betrag von unter 1 DM in Frage kommen.

Die 500 Helfergruppen werden hierauf befordert
SIEHE S. 100.

3.000,- 3.000,- 3.000,-

Zieht Zeige in den Zofitallendortänden ein
Kunststoffdorn A. Nr. 2 zugegangen betr. Zofalbe-
träge. Sie wird darüber hinaus erlaubt, zu diesem Schrei-
ben folgende Belehrung zu nehmen und uns die ge-
zählten Zofalfälle mitzutellen.

Kernik Frageboek III Sofietteien.

Die ersten vier Wörter der Eröffnung der Fragebogen-
und Klasse Schaffung verhindern, daß der Zoges mit dem Ge-
und Klasse Schaffung verhindern, daß der Zoges mit dem Ge-

Gezeichnete Zeichenstriche

Geschwichtige Zofelbeiträge.

Bei der Schiedsgerichtschaften 20 Pf. Berufungsgerichte 30 Pf. Gouvernements i. S. d. 20 Pf. ob 1 Reihe, zweitklassig 15 Pf. Extratrimmung 30 Pf. Fünfzehntausend 20 Pf. Rechtsanwälter 30 Pf. ob 1 Reihe, Einschreibungen 10 Pf. ob 1 Reihe.

The Verneau Family

Eingänge der Hauptstasse vom 10. bis 21. April

vom 19. bis 24. April

Ingolstadt 1259,95; Würzburg 2774,40; Böhm
1500,—; Naumburg 467,62; Norden 225,27; Crefeld
500,—; Leipzig 9534,20; Arnstadt 1257,75; Elberfeld-Bar-
men 2075,85; Frankfurt a. O. 1233,19; Würzburg 55,90
Naumburg 47,10; Haldensleben 5,—; Düsseldorf 6,—
Oranienburg 6,—; Hildesheim 6,—; Dortmund 14,70
Leipzig 30,—; Aken 124,62; Eich i. Th. 210,45
Mannheim 9570,23; Rostock 1787,98; Chemnitz 2382,—
Eisenach 489,54; Mühlheim (Ruhr) 606,29; Sulz i. W.
629,85; Lahr i. W. 238,91; Neumünster 963,55; Neusal-
a. Oder 553,40; Tübingen 532,35; Neustadt a. Orla 238,10
Kirchberg 692,19; Au-Gitternissen 652,85; Haldensleben
510,78; Berlin 523,52; Gardelegen 24,50; Berlin 42,—
Regensburg 6,—; Uelzen 6,—; Straubing 612,65; Ober-
plogau 195,20; Landeshut i. Schles. 507,34; Hamburg a. S.
345,81; Mühlhausen i. Th. 238,59; Hannover 5076,21
Mainz 4291,29; Kleinitz 1037,63; Frankfurt a. M.
10517,23; Chemnitz 3077,29; Kulmbach 1440,65; Heidel-
berg 1421,72; Trier 1086,99; Augsburg 2949,50; Gießen
1294,86; Horburg a. S. 1224,42; Hamm i. W. 2036,25
Darmstadt 2756,40; Dortmund 4980,60; Uetersen 200,—
Hagen i. W. 719,35; Löhneberg-Weilburg 827,29; Crefeld
500,—; Bocholt 169,85; Neustadt (Saale) 117,10; Steh-
l. Baden 151,28; Schwäbingen 258,—; Jena 886,10
Landsberg a. W. 488,17; Lörrach 771,02; Stolp i. P.
731,20; Gräfenhain 727,50; Frankenhausen 330,—; Neu-
haldensleben 489,37; Neustadt a. O. 161,16; Goldberg
184,40; Stolp i. P. 7,—; Parchim 6,30; Jüstingen 3,60
Salzungen 5,—; Salzwedel 6,—; Uelzen 10,—; Schöne-
beck 13,—; Berlin 0,40; Gr.-Götze 36,—; Odermünde 5,—
Kleinitz 8,—; Niederlahnstein 6,—; Bielefeld 12,60; Cassel
14,—; Unterweissbach 515,79; Cuxhaven 820,15; Rothen-
burg a. L. 272,30; Einbeck 522,25; Görlitz 2637,36; Frei-
burg i. W. 1885,73; Künzelsau 27785,15; Düsseldorf 3118,25
Aalen-Franz-Stadtljzell 578,39; Wittenberg 816,59; Düsseldorf
311,—; Berlin 4511,13; Berlin 15,—; Mantenhain 4,30
Greifswald 80,43; Lüne 622,77; Oppeln 763,80; Thunhar-
t 208,01; Trientstein 836,77; Crefeld 560,—; Mainz 317,—
Dessau i. P. 279,97; Zeitz 639,97; Grabow i. Mafflög-
28,55; Cöln 6028,91; Rostock 9112,53 ME

Materielverband.

A. = Mitgliedsarten. **B.** = Mitgliedsbücher. Der Wert der Vertragsmarken ist in Rittern (o 50 min.) angegeben.)
 Bützow: 100 B., 4000 a 100. Oberfeld-Warmer: 100 B., 500 a 50. Gaffel: 240 B. Halle: 140 B., 100 R. Tübingen: 20 R., 800 a 100. Dößau: 1600 a 100. Stadt-Hagen: 600 a 100. Werstetten: 20 R., 100 a 60. Potsdam: 500 a 100. Linden: 50 R., 2000 a 100. Gleegau: 600 a 100. Grimbsen: 10 000 a 100, 1000 a 60, 500 a 100. Seligk i. R.: 20 R., 200 a 100, 100 a 60. Hamburg: 600 a 100. Stettin: 5000 a 100. Wittenburg a. Z.: 200 a 100. Hanstdureau: 1170 B. Königswberg i. R.: 200 a 100. Wallermeckbach: 10 R. Augsburg: 500 B., 5000 a 100. Neunkirchow: 6000 a 100, 1000 a 80, 1000 a 60. Dößau: 600 a 100. Biegen: 2000 a 100. Schleswig: 50 R., 800 a 100, 100 a 80. Szepau: 500 a 100. Stemmingen: 1000 a 100. Alfeld: 1200 a 100, 100 a 80. Gifßen: 1200 a 100. Brandenfel: 500 a 100. Söhnstedt: 500 a 100, 100 a 80. Steusburg: 1000 a 100, 500 a 80. Oberwalde: 500 a 100. Breslau: 100 B., 19 000 a 100, 200 a 10.

aus den Beiträgen und Zeitschriften

Seligenthal i. Renn. (Neue Schlafstelle.) Vorsteher: Franz Schröder, Gemeinf. 3.
 Greifswald. Pfarrer: Heinrich Lindgrtin, Grimmerstrasse 4.
 Gremzburg i. SöL Pfarrerer: Paul Gerke, Landsberger Str. 5b.
 Leipzig. Pastoreu Geberitz 1 IV.
 Löwenberg i. SöL Vorsteher: Paul Gottwald, Markt 214. Pfarrer: H. Andree, Goldberger Str. 158.
 Mühlitz. (Neue Schlafstelle.) Vorsteher: W. Brodmerken, Feuerwehrstr. Ebenf. 506.
 Schleizwitz. (Neue Schlafstelle.) Vorsteher: Friedrich Lohmeyer, Schleizwitz 22.

Berücksichtigung von

Sonntagnachmittag, den 1. Mai.

Gelberkästl. $7\frac{1}{2}$ Uhr: Gewerkschaftsbüro.
 Kriegsmelder. Am Hörnig, Herrenstr. 4.
 Chirurgieleben. 8 Uhr: bei Moritz, Magdeburger Str.
 Strelitz. 7 Uhr: Vereinshaus.
 Regensburg. 7 Uhr: Schillerlinde, Glodengasse.
 Langenhausen. 8 Uhr: „Herrnhug“.
 Schweinfurt. 7 Uhr abends: bei Vogt, Fruhme Gasse 23.
 Epeker. 6 Uhr: „Zur neuen Welt“.
 Staßfurt. Gaithof zum schwarzen Rok.
 Eisenach. 8 Uhr: bei Grothe, Südstadtstr. 3.
 Stettin. Seifellereiarbeiter. 7 Uhr: „Zum goldenen Horn“, Gc. Volkswirth 33/34.
 Tübingen. 8 Uhr: im „Schönen“.
 Nalbs. $5\frac{1}{2}$ Uhr: bei Eßfeldmann.
 Bernauende. $8\frac{1}{4}$ Uhr: „Safforien“.

Sonntag, den 2. Mai.

Friedensfesten. 2½ Uhr: Herberge zur Heimat.
Eckstraße. Sonnabend 10 Uhr: „Zentralkaffe“.
Fingerleben. Samt. 10 Uhr: Hotel Reine.
Kreisfahnenfest. 2 Uhr: Bauernstube Restaurant.
Hagen. 7 Uhr: bei W. Krete
Eck. Grüneb. 2 Uhr: „Offenbacher“. Turmengangstr. 26.
Festenfeier. 2 Uhr: Hotel Eckert, Kätheburg Platz.
Festfeier. 9 Uhr beginn.: Gewerkschaftshaus.
Dessau. Sonn. 10 Uhr: Stadth. Friedhofstr. 81.
Festenfeier. Sonnabend 8½ Uhr: Gäßchen „Zelten“.
Festenfeier. 3 Uhr: Gebertshofstube, Gartenstraße.
Dessau (Pfalz). „Im Vereinslokal“.
Festfeier. 3 Uhr: „Bei Velt“ Rittergödörf.
Festfeier. „Im Vereinslokal“ Rittergödörf.
Festfeier. Rathaus zum Engel.
Kassel. 2½ Uhr ein letzter. 4 Uhr: Mittelgasse 9.
Rüdigser. 3 Uhr: Bellenfester.
Dresdung i. Elb. 3 Uhr: Provinzial-Musikanten C. Specht
Dresden: 8-10 Uhr: „Im Schloss“ am Elbe

Lippstadt.	9½ Uhr vorm.	Local Fritsch.		
Lübbeke.	Vorm. 10 Uhr:	Local Eisenmeyer.		
Neustadt a. Saale.	10 Uhr vorm.	Ww. Wirsching.		
Ortelsburg.	8 Uhr:	Gasthaus Marzinzig.		
Pasewalk.	3 Uhr:	Gesammlungslatal.		
Pegau.	3 Uhr:	"Klosterrchen".		
Potsdam.	2½ Uhr:	bei Haussmann.		
Quedlinburg.	3 Uhr:	"Kaiser Friedrich", Augustiner 14.		
Blankenow.	3 Uhr:	Local Reinhardt.		
Minteln.	9½ Uhr vorm.	bei Gottschall, Engeren.		
Rosenheim.	2 Uhr:	Zm Sterngarten.		
Muldsdorf.	2 Uhr:	"Zur Traube",		
Saalfeld.	9 Uhr:	"Erholung".		
Scheibe.	8 Uhr:	bei Martin.		
Schwenningen.	2 Uhr:	Zum "Felsen".		
Schweidnig.	3 Uhr:	"Stadt Hamburg", Reichenbacher Straße.		
Speyer.	2 Uhr:	"Zur neuen Pfalz".		
Unterweissbach.	3 Uhr:	Local Reichold.		
Wigenhausen.	4 Uhr:	Gasthof zur Krone.		
Montag, den 3. Mai,				
Habersleben.	Zm Gesammlungslatal.			
Kassel.	7 Uhr:	bei Vogler.		
Dienstag, den 4. Mai.				
Ashaffenburg.	5 Uhr:	"Gewerkschaftshaus".		
Burg.	7½ Uhr:	"Gewerkschaftshaus".		
Greiz.	7 Uhr:	"Scharfe Eif".		
Harburg.	7½ Uhr:	bei Dringelburg.		
Nüstringen-Wilhelmshaven.	7½ Uhr:	"Kasseler Hof", Königstr. 147.		
Striegau.	8 Uhr:	"Fürst Bismarck".		
Mittwoch, den 5. Mai,				
Bremerhaven.	7½ Uhr:	"Boat. Hof", Lange Str. 18.		
Fünsterwalde.	Zm "Weizen Hirsch".			
Grünberg i. Schl.	5½ Uhr:	"Schlesischer Hof".		
Insterburg.	7 Uhr:	Eb. Vereinshaus, Luisenstr. 5.		
Melbergen.	5½ Uhr:	"Rosengarten".		
Stargard.	Local Witte, Radestr. 9.			
Donnerstag, den 6. Mai.				
Schönebeck.	7½ Uhr:	"Feldschlößchen".		
Steinhagen.	5½ Uhr:	bei Riepe.		
Freitag, den 7. Mai.				
Bergen i. Rumm.	Gewerkschaftshaus.			
Neustadt a. Orla.	Zm Gesammlungslatal.			
Briefkasten.				
Chemnitz, Rothalmunster.	Gesammlungsergebnis für vorige Nummer der "Verbandszeitung" zu spät eingetragen.			
Nachruf.				
Um 14 April verstorben während der Arbeitszeit infolge Herzschlags unser treuer Gründungsmitglied	Julius Höfle, Brauer.			
Seit Kriegsende verstorben außerdem die Kollegen	Seit Kriegsende verstorben außerdem die Kollegen			
Karl Buchmann und	Karl Buchmann und			
Wilhelm Orth.	Wilhelm Orth.			
Ihre ihrem Andenken	Ihre ihrem Andenken			
Gehaltselle Birkenfeld.	Gehaltselle Birkenfeld.			
Unserm Kollegen Heinrich Berres zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.	Unserm Kollegen Heinrich Berres zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.			
Die Kollegen der Brauerei Rheanitia, Krefeld.	Die Kollegen der Brauerei Rheanitia, Krefeld.			
Unserm Kollegen Chr. Herrlinger nebst seiner lieben Frau Margarete zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.	Unserm Kollegen Chr. Herrlinger nebst seiner lieben Frau Margarete zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.			
Die Kollegen der Zahlstelle Essen.	Die Kollegen der Zahlstelle Essen.			
Unserm Kollegen Gust. Hoffmann nebst seiner lieben Frau Auguste zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.	Unserm Kollegen Gust. Hoffmann nebst seiner lieben Frau Auguste zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.			
Die Kollegen der Zahlstelle Essen.	Die Kollegen der Zahlstelle Essen.			
Unseren Kollegen Hans Weidner, Übermälzer, Hans Beck und Josef Behler zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.	Unseren Kollegen Hans Weidner, Übermälzer, Hans Beck und Josef Behler zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.			
Die organisierten Kollegen des Hosbräu, Bamberg.	Die organisierten Kollegen des Hosbräu, Bamberg.			
Unserm Kollegen Wilhelm Schmidt nebst seiner lieben Frau Anna die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.	Unserm Kollegen Wilhelm Schmidt nebst seiner lieben Frau Anna die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.			
Die Kollegen u. Kolleginnen der Zahlstelle Schönebeck a. d. Elbe.	Die Kollegen u. Kolleginnen der Zahlstelle Schönebeck a. d. Elbe.			
Unserm Kollegen Hans Köbler nebst seiner lieben Frau Clara nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.	Unserm Kollegen Hans Köbler nebst seiner lieben Frau Clara nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.			
Die Kollegen von Ochsenfurt und Tückelhausen.	Die Kollegen von Ochsenfurt und Tückelhausen.			
Unserm Kollegen Josef Maurer und seiner lieben Frau Maria zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.	Unserm Kollegen Josef Maurer und seiner lieben Frau Maria zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.			
Die Kollegen der Götzischen Brauerei und der Zahlstelle Tuttlingen.	Die Kollegen der Götzischen Brauerei und der Zahlstelle Tuttlingen.			
Unserm Kollegen Hermann Mandl und seiner lieben Frau Clara nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.	Unserm Kollegen Hermann Mandl und seiner lieben Frau Clara nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.			
Die organisierten Kollegen der Brauerei Pachtenhofer.	Die organisierten Kollegen der Brauerei Pachtenhofer.			
Unserm Kollegen Theodor Meyer und Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.				
Die Kollegen der Zahlstelle Oldenburg.				
Dem Kollegen Ged. Welt, Hubmannbrauerei, zur Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche.				
Die Kollegen in Schwabach.				
Unseren Kollegen Emil Schumack und Stetigart Kloose zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.				
Die Kollegen der Zahlstelle Oppeln.				
Unserm Vertrauensmann in Simmerberg, Michael Wielk, nebst seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.				
Zahlstelle Lindau i. Bod.				
Brauerei- und Mühlenarbeiter Dosen, echt schwärz, pro Stück 90 Pf. verändert Spezialabteil f. Berufsbefleißung Emil Hohlfeldt, Dresden Ritterstraße 2.				
Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene				
Volksfürsorge				
Gewerkschaft.-Genossenschaft.-Versicher.-Aktiengesellschaft				
Hamburg 5.				
Brauerschuh,				
Friedensware, a. prima Kindleher, Doppelböden, Nachnahme 60 ZL pro Paar.				
Jos. Raak, Holzschnüffabrik, Kurth i. Wald.				
Friedensbrauerschuh				
das beste was es gibt, Paar 75 ZL				
Schuhstück mit Ledersohle, Gr. 31—39, Preis 28,50 ZL bis 43,50 ZL				
Jos. Raak, Holzschnüffabrik, Kurth i. Wald.				